

Stand: 25.06.2026 14:23:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12592

"Blaualgen in Bayerns Seen: Jetzt gemeinsam handeln - Bevölkerung muss ihre Seen vor Ort auch nutzen können"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12592 vom 25.06.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Blualgen in Bayerns Seen: Jetzt gemeinsam handeln – Bevölkerung muss ihre Seen vor Ort auch nutzen können

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der EU-Wasserrahmenrichtlinie u. a. am Altmühlsee bei Gunzenhausen, am Ebertshausener See in Odelzhausen, am Ebenhausener Weiher in Baar-Ebenhausen, am Dreiburgensee in Tittling und diversen anderen betroffenen Gewässern in Bayern sicherzustellen,
- ein Frühwarnsystem für Blualgenblüten in bayerischen Badeseen aufzubauen und öffentlich zugänglich zu machen,
- die betroffenen Kommunen bei der Umsetzung kurzfristiger Schutzmaßnahmen (z. B. Badezonenmanagement, Informationskampagnen, technische Belüftung) finanziell und logistisch zu unterstützen,
- gemeinsam mit den Kommunen und Landwirten in den Regionen ein Konzept für die gegenseitige Stärkung von Tourismus und Landwirtschaft zu erarbeiten,
- die geplanten Maßnahmen zur Verringerung des Phosphateintrags, wie stärkere Beratung durch den Bayerischen Bauernverband und die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bodenschutztage, Wasserberatung und die Umsetzung des Projekts bodenständig zügig und personalstark umzusetzen,
- dem Landtag bis spätestens Oktober 2026 über den Stand der Maßnahmen, insbesondere über den Umsetzungsstand, der für den Altmühlsee aufgrund der Gewässerbelastung bereits 2025 angekündigten Maßnahmen, wie z. B. Bodenschutztage und das Programm bodenständig, zu berichten.

Begründung:

Auch dieses Jahr hat sich die Situation der Blualgenbelastung am Altmühlsee und weiteren Seen in Bayern nicht verbessert. Sobald die Temperaturen steigen, steigt die Blualgenkonzentration. Blualgen stellen eine akute Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung dar – insbesondere für Kinder, die in den Sommermonaten auf sichere Badegewässer angewiesen sind. Die Behörden mussten aktuell bereits Badestellen sperren bzw. Badewarnungen aussprechen, da die Konzentration von Cyanobakterien (Blualgen) teilweise gesundheitsgefährdende Werte erreicht hat. Symptome wie Hautreizungen, Übelkeit und Erbrechen sind dokumentiert, insbesondere bei Kindern, die beim Spielen Wasser verschlucken.

Die Ursache liegt in der massiven Nährstoffbelastung des Sees, insbesondere durch Phosphateinträge, zum großen Teil aus der Landwirtschaft.

Die Situation hat nicht nur gesundheitliche, sondern auch wirtschaftliche Folgen: Freizeitwirtschaft und Tourismus in den Regionen leiden massiv unter den Badeverboten. Die Bevölkerung vor Ort ist jetzt schon zu Beginn der Badsaison gezwungen, sich andere Plätze zu suchen, insbesondere mit kleinen Kindern.

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, einen „guten ökologischen Zustand“ ihrer Gewässer zu erreichen. Dieses Ziel wird an einigen Seen und Weihern in Bayern klar verfehlt. Die Staatsregierung ist in der Pflicht, endlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen – sowohl zum Schutz der Gesundheit als auch zur Einhaltung europäischer Umweltstandards.

Besonders wichtig ist dabei die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft und eine stärkere Beratung. Nur durch eine angepasste Bewirtschaftung und agrarökologische Maßnahmen, die Erosion und Abschwemmungen stark reduzieren, kann es gelingen, den Nährstoffeintrag, insbesondere von Phosphat, langfristig zu verringern.

Gleichzeitig braucht es kurzfristige Maßnahmen wie technische Belüftung, Monitoring und transparente Information der Bevölkerung.

Der Schutz unserer Gewässer ist eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge – für Mensch, Natur und künftige Generationen. Denn in Zukunft werden noch deutlich mehr Seen in Bayern betroffen sein. Ebenso werden viele Kommunen finanziell nicht in der Lage sein, Abhilfe zu schaffen. Auch zukünftig muss es für die bayerische Bevölkerung möglich sein, die bayerischen Seen zu nutzen. Sie dienen der Abkühlung bei Hitze, der Förderung der Schwimffähigkeit, der Fischerei, als öffentliche Plätze dem sozialen Zusammenhalt etc. Die Staatsregierung muss aktiv tätig werden und die Kommunen unterstützen.